# Eine andere Welt ist möglich : aber wie?

Autor(en): **Moser, Fabrizio**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **85 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Eine andere Welt ist möglich – aber wie?

**Widerspruch 50: Alternativen! 228 S., Fr. 25.–. Im Buchhandel oder unter www.widerspruch.ch**

«Um outro mundo é possivel» – das Motto des ersten Weltsozialforums 2001 in Porto Alegre hat seit damals an medialer Präsenz eingebüsst. Trotzdem ist die Suche nach gesellschaftlichen Alternativmodellen dringender denn je, die 50. Ausgabe des «Widerspruchs» widmet sich diesem Thema.

Unter dem Titel «Alternativen» präsentieren in der Ausgabe zum 25-Jahr-Jubiläum der Zeitschrift «Widerspruch» verschiedenste AutorInnen ihre Vorstellungen einer anderen Gesellschaft. Das Spektrum der behandelten Themen reicht von feministischer Kapitalismuskritik über Vorschläge zu einer alternativen Flüchtlings- und Migrationspolitik bis zur Hinterfragung des dominierenden neurophysiologischen Paradigmas in der Psychiatrie. Nicht nur die Themenwahl, sondern auch die Qualität der verschiedenen Beiträge zeichnet sich durch eine relativ starke Heterogenität aus: Während einige AutorInnen in relativ schwammigen Analysen des gegenwärtigen Zustands verbleiben, gelingt es anderen aufgrund konziser Analysen interessante und gewagte Alternativkonzepte aufzustellen.

Die Überlegungen Elmar Altvaters nehmen ihren Ausgangspunkt bei der Feststellung, dass die neoliberale Politik schon seit Mitte der 1970er Jahre alternative Gesellschaftsmodelle zunehmend verunmöglicht. Einerseits werden ganz konkrete strukturelle Änderungen vorgenommen, welche die Einführung fortschrittlicher politischer Innovationen erschweren. Dies führt andererseits zur Unfähigkeit der Menschen, in wahrhaft alternativen Kategorien zu denken. Durch zunehmende Privatisierung und Deregulierung erscheinen Paradigmata wie Leistungssteigerung oder Gewinnmaximierung als Naturgesetze. Dieser Tendenz wäre nach Altvater mit dem Modell einer «solidarischen Ökonomie» entgegenzutreten. Darunter versteht er wirtschaftliches Handeln, das sich nicht an der Logik des Äquivalententausches orientiert und somit nicht bloss den Vorteil des Individuums, sondern auch jenen des Kollektivs in den Fokus rückt. Konkret resultiert aus dieser Forderung Handlungsbedarf in den folgenden Bereichen. Erstens muss zugunsten einer globalen Regulierung der Finanzmärkte der Privatwirtschaft das Diktat über diese entrissen werden. Zweitens muss im Rahmen einer solch grundlegenden Reform der Wirtschaft auch die Eigentumsfrage neu gestellt werden. Altvater betrachtet, insbesondere in Hinblick auf die Produktionsmittel, das Privateigentum nicht als sakrosankt. Dass sich, drittens, die Ökonomie schon längst nicht mehr an nationalen Grenzen orientiert, bedingt auch bei der Gegenbewegung eine Ausrichtung an globalen Massstäben. Dies bedeutet, dass die Rolle «nationaler und internationaler Staatlichkeit» geklärt werden müsste. Ansätze für die skizzierten wirtschaftlichen Alternativmodelle sieht Altvater vor allem im Bereich der Non-

Governmental- und Non-Profit-Organizations, deren Zahl sich im stetigen Wachstum befindet. Problematischerweise bedingen all diese Forderungen – sollen es nicht bloss Forderungen bleiben – eine alternative makroökonomische Politik, zu welcher es noch ein weiter, steiniger Weg sein dürfte.

Vier der insgesamt elf Beiträge im Themenschwerpunkt beschäftigen sich mit dem Thema Gleichstellung von Mann und Frau, wobei auffällt, dass alle von Frauen verfasst wurden. Bezeichnenderweise sind auch nur vier Texte von Frauen geschrieben, ergo Frauen schreiben über Feminismus, Männer über alles andere. Der wohl brisanteste und provokativste feministische Aufsatz stammt aus der Feder Claudia von Werlhofs. Diese Autorin versucht, der Verknüpfung von Kapitalismus und Patriarchat auf die Schliche zu kommen. In gut marxistischer Manier orientiert sie sich bei ihrer Kapitalismusanalyse an den Produktionsverhältnissen, der Akkumulation des Kapitals und der Entwicklung der Produktionsweise sowie der Produktivkräfte. Bezüglich der Produktionsverhältnisse wird konstatiert, dass nicht die Lohnarbeit, sondern die nicht entlöhnte Arbeit das Hauptmerkmal des kapitalistischen Produktionsprozesses sei. Was die Akkumulation des Kapitals angeht, stellt von Werlhof die Tendenz zu einer Ausbeutung sämtlicher Lebensbereiche durch den Kapitalismus fest. Hinsichtlich der Produktionsweise und der Produktivkräfte werden Parallelisierungen zu Kriegsführung und Verhinderung von Lebensentstehung vorgenommen. Nach einem eher unpräzisen Forderungskatalog (bspw. „Überwindung des Kapitalismus als Weltsystem“) folgt in den abschliessenden Thesen eine Engführung von Kapitalismus und Patriarchat, die leider durch keinerlei theoretisches Gerüst gestützt wird. Die Quintessenz daraus lässt sich mit Adorno auf den Punkt bringen: «Keine Emanzipation ohne die der Gesellschaft». Das resignative Fazit des Artikels besteht aus einem geforderten Bruch ernsthafter feministischer Bemühungen mit der linken Politik; denn «solange das ‹kapitalistische Patriarchat› die Utopie auch der Linken ist, gibt es keinen Weg in eine Alternative». Infolgedessen glaubt von Werlhof, «alle Hoffnung fahren lassen» zu müssen, «mit der Linken auf dem Weg in die Zukunft noch irgendetwas anfangen zu können».

Aus dem Gebiet arbeitspolitischer Alternativen sticht nebst zwei eher durchschnittlichen Beiträgen von Walter Schöni und Paul Oehlke der Text Alex Demirovics zum Thema «Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften» hervor. Indem er das bereits seit Marx bestehende Postulat einer Ausweitung der Demokratie auf den Bereich der Wirtschaft aufnimmt, reflektiert Demirovic die Probleme, die sich dabei ergeben würden. Die erste Frage, die bei einer Demokratisierung der wirtschaftlichen Betriebe auftritt, betrifft die Partizipation. Wer sollte denn an den Entscheiden der Unternehmensführung beteiligt werden – bloss die Belegschaft oder auch die Konsumenten? Eine zweite Feststellung macht der Autor hinsichtlich der Kapitaleigner: Ihr Dispositionsspielraum würde bei einer Demokratisierung der Wirtschaft erheblich eingeschränkt. Drittens führt die Unmöglichkeit einer direkten Demokratie zur Notwendigkeit der Delegation von Entscheidungskompetenzen. Dabei sei allerdings wichtig, dass die Arbeiter ihre Repräsentanten zum einen selbst wählen können, ihnen zum anderen auch geeignete Kontrollmechanismen zur Verfügung stehen. Der letzte Punkt bezüglich der Probleme einer Wirtschaftsdemokratisierung betrifft brisanterweise die Gewerkschaften. Aus dem Umstand, dass sich diese bis anhin darauf beschränkten, die Arbeiter als eine Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten, resultieren einige demokratieabträgliche Folgen: Repräsentation führe nebst der

Wahrnehmung der vertretenen Interessen in gewissen Fällen auch zu einer Vernachlässigung derselben. Zudem werde durch die gegenwärtigen Strukturen dem starken Bedürfnis nach Autonomie der Arbeitnehmer zu wenig Rechnung getragen. Ein Vorwurf, der zusätzlich gegen die Gewerkschaften laut werden könnte, bestehe darin, dass diese als Interessengruppen und nicht als Repräsentanten des Allgemeininteresses fungieren. Demirovics folgert aus all diesen Überlegungen, dass sich die Gewerkschaften – wollen sie auch in einer demokratisierten Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielen – vermehrt als eine demokratische Kraft wahrnehmen müssen. Über die konkreten Schritte, welche die Gewerkschaften auf diesem Weg unternehmen sollten, schweigt sich der Autor leider aus. Die brisante und kritische Reflexion über die Rolle der Gewerkschaften im Prozess der Wirtschaftsdemokratisierung kontrastiert zum Schluss mit einem Mangel an konkreten Handlungsoptionen oder -empfehlungen.

Ein wahres Kleinod dieser Textsammlung zum Thema «Alternativen» bildet Marc Rufers Kritik am prädominanten neurophysiologischen Paradigma in der Psychiatrie. Wer meint, Rufers Beitrag betreffe bloss ein Randgebiet des behandelten Themas, verkennt die zentrale Bedeutung kapitalistischer Interessen in der Psychiatrie. Aus der Dominanz des «neurobiologischen-psychiatrischen Denkstils» folgt in den meisten Fällen die Behandlung psychischer Störungen durch ein Psychopharmakon. Obwohl die Wirksamkeit dieser Medikamente empirisch höchst umstritten ist, hat sich ihre Legitimität weitgehend durchgesetzt. Patienten, die sich bei psychischen Störungen einer Medikamentierung verweigern, werden als un- oder nur teilweise zurechnungsfähig deklariert und per «Recht des Zwanges» einer solchen Behandlung unterzogen. Die «bis zu acht, zu körperlicher Gewalt bereiter Pfleger», welche in Härtefällen die Behandlung realisieren, führen bei vielen Patienten zu schweren Traumata, die ex post eine Behandlung mit Medikamenten rechtfertigen (Wer noch nicht krank ist, wird es spätestens in der Psychiatrie). Auf der Basis der Theorien des französischen Philosophen Michel Foucault und des polnischen Wissenschaftstheoretikers Ludwik Fleck versucht Rufer aufzuzeigen, wie Wahrheiten geschaffen werden. Indem die VertreterInnen des neurophysiologischen Paradigmas den Diskurs in der Psychiatrie majorisieren, gelingt es ohne empirische Beweise, die Wirksamkeit von Psychopharmaka als Tatsache zu etablieren. Dass die Machtverhältnisse im psychiatrischen Diskurs wesentlich durch wirtschaftliche Interessen geprägt sind, zeigt die enge Verknüpfung, die viele PsychiaterInnen zur Pharmaindustrie aufweisen. Nach Angaben des «Deutschen Ärzteblattes» unterhalten mehr als die Hälfte aller AutorInnen des diagnostischen und statistischen Manuals der Vereinigung der US-amerikanischen PsychiaterInnen finanzielle Verbindungen zur Pharmaindustrie. Rufers Fazit ist so ernüchternd wie einleuchtend: «Ob sich Denkkollektive durchsetzen und behaupten, ist eben auch eine politische Frage». Als Gegenmodell zur psychiatrischen Macht wie sie sich uns heute präsentiert, ist einzig eine «Entpsychiatrisierung» möglich. Das Aufheben dieser Macht – und somit eine sinnvolle Hilfe für die Betroffenen – geht unweigerlich mit dem Verzicht auf Zwang, Gewalt und Psychopharmaka einher.

Zusätzlich zum Themenschwerpunkt «Alternativen» widmet sich ein kleinerer Abschnitt der Neuformierung der Linken in Europa. Nebst drei Texten, die sich mit dem Zusammenschluss der beiden politischen Parteien PDS und WASG in Deutschland auseinandersetzten, fällt der Schweizer Beitrag von Willi Eberle und

Hans Schäppi mit dem Titel «Über den Keynesianismus hinaus» sehr positiv ins Gewicht. Die beiden Autoren kritisieren die verschiedensten Spielarten keynesianischer Wirtschaftstheorie (von Serge Gaillard bis Peter Bodenmann) und stellen ihnen eine aktualisierte Form der Kritik politischer Ökonomie von Karl Marx entgegen. Aus dieser ideologiekritischen Perspektive ergeben sich folgende konkreten Forderungen an die politischen linken Kräfte in der Schweiz: Erstens bedürfe es nicht nur einer aktiven Lohnpolitik, sondern einer Durchsetzung existenzsichernder Einkommen und Renten. Des Weiteren sei eine radikale Arbeitsverkürzung unabdingbar, wolle man eine Vollbeschäftigung erreichen. Zusätzlich solle der Service publique künftig nicht weiter ab- sondern ausgebaut werden, was vor allem in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit vonnöten sei. In ihren abschliessenden Thesen richten Eberle und Schäppi ihr Augenmerk insbesondere auf den mangelnden Kontakt der Linken zu den Arbeitern. Wollen SPS und Grüne glaubwürdig als Vertreter der Arbeiterschaft auftreten, müssen sie in Zukunft vermehrt den Kontakt zu dieser suchen und Themenschwerpunkte setzen, welche sozial schlechter gestellte Bevölkerungsschichten wirklich betreffen. Nur durch die Entwicklung konkreter Alternativen zum realexistierenden Kapitalismus können die Leute von der Notwendigkeit eines Bruches mit diesem überzeugt werden.

Die Ausgabe Nr. 50 des «Widerspruchs» wartet mit einer überraschend breiten Palette an Beiträgen auf, was zu einer ganzheitlichen Betrachtung des Themas «Alternativen» einlädt. Der Grundtenor der Beiträge ist eindeutig: Eine wahrhafte Alternative zum gegenwärtigen Gesellschaftsmodell kann nur durch einen radikalen Wandel erreicht werden. Solange es der linken Politik nicht gelingt, sich den vorherrschenden Denk- und Handlungszwängen zu entraten, verbleibt sie auf der Ebene der Symptombekämpfung – dasselbe Schwert, das die Wunde schlägt, ist nicht in der Lage, diese zu heilen. Selbst wenn die aus dieser fundamentalen Kritik resultierenden Standpunkte sich nicht grosser Popularität erfreuen, müssen sie konsequent vertreten werden. Ein Manko bilden allerdings die oftmals fehlenden Vorschläge konkreter, politischer Handlungsalternativen. Der Titel liesse vermuten, dass handfestere Modelle und Forderungen entworfen werden, worüber sich in der Linken eine kontroverse Diskussion entfachen liesse. Die meisten LeserInnen müssen wohl kaum für die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, weniger Gewinnmaximierung und mehr Emanzipation gewonnen werden – geschenkt! Interessant wäre vielmehr zu erfahren, wie sich diese konkret realisieren liessen. Der Umstand mangelnder konkreter Alternativen mag mit der Schwierigkeit zusammenhängen, aus einem falschen Istzustand heraus eine positive Utopie zu entwerfen. Trotzdem führt an dieser Aufgabe für die Linke kein Weg vorbei, sofern man eine breitere Basis für den eigenen politischen Kampf gewinnen will.

*Fabrizio Moser*